



HESSISCHER LANDTAG

14. 02. 2023

WVA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der SPD

Aktuelle Situation bei der Hessischen Landesbahn (HLB)

Seit dem 15. Dezember 2022 befinden sich die Mitglieder der EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) bei der Hessischen Landesbahn (HLB) in einem unbefristeten Ausstand. Der unbefristete Ausstand stellt hierbei die jüngste Eskalation in einem Tarifstreit zwischen den Beschäftigten und der HLB dar, der bereits seit dem Jahr 2021 andauert und zuletzt dadurch gekennzeichnet war, dass es nach vorliegenden Informationen zwischen der Geschäftsführung der HLB sowie den Vertreterinnen und Vertretern der EVG zu keinen erneuten Gesprächen bzw. Verhandlungen gekommen ist. Vor dem Hintergrund, dass es sich bei der HLB um eine hundertprozentige Tochter des Landes Hessen handelt, stellt sich hierbei somit die Frage nach dem Vorgehen der Landesregierung sowie insbesondere von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir: Sozialpartnerschaft lebt davon, dass man miteinander spricht, verhandelt und nach Lösungen sucht – Nichtkommunikation kann daher keine Lösung sein.

Die angespannte Situation bei der HLB hat dabei nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die Beschäftigten, sondern auch auf die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV in Hessen. Vor diesem Hintergrund gilt es, den aktuell anhaltenden Tarifstreik durch eine zeitnahe Wiederaufnahme der Gespräche und Verhandlungen schnellstmöglich aufzulösen, der bestehenden Verunsicherung aufseiten der Beschäftigten entgegenzuwirken und die Voraussetzungen für die vollständige Wiederaufnahme des Mobilitätsbetriebs der HLB zu schaffen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung aktuell die Situation bei der HLB dar und wie bewertet sie diese?
2. Wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung die Situation dar, nach der sich die Geschäftsführung der HLB jeglichen Gesprächen bzw. weiteren Verhandlungen verweigert bzw. entzieht und, sofern zutreffend, wie bewertet sie diese?
3. Wann haben chronologisch im aktuellen Tarifkonflikt Gespräche bzw. Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung der HLB und den Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführern der Gewerkschaft EVG stattgefunden?
4. Für welchen Zeitpunkt sind weitere Gespräche bzw. Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung der HLB und den Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführern der Gewerkschaft EVG geplant?
5. Wie und durch welche Vorgänge wirkt die Landesregierung darauf hin, dass zeitnah weitere Gespräche bzw. Verhandlungen zwischen der Geschäftsführung der HLB und den Verhandlungsführerinnen und Verhandlungsführern der Gewerkschaft EVG stattfinden?
6. Wie und in welchem Umfang steht die Landesregierung mit der Geschäftsführung der HLB im Austausch?
7. Auf welches Ergebnis wirkt die Landesregierung hierbei hin bzw. welche Zielvorgaben – sofern vorhanden – macht sie hierbei der HLB als hundertprozentiger Tochter des Landes?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage, dass sich das vonseiten der Geschäftsführung der HLB zuletzt vorgelegte Angebot deutlich unterhalb des allgemeinen Branchenniveaus bewege?

9. Wie begründet die Landesregierung das Ansinnen, dass die Gewerkschaft EVG durch Nachzeichnung des Tarifvertrags der GDL (Gewerkschaft der Lokomotivführer) effektiv den Tarifvertrag einer anderen Gewerkschaft übernehmen soll?
10. Wie bewertet die Landesregierung, dass die Geschäftsführung der HLB nach vorliegenden Informationen unter Ausschluss der Gewerkschaft EVG mit einzelnen Mitarbeitenden Tarifverhandlungen (weiter-)führen möchte?
11. Sieht die Landesregierung in diesem Ansinnen einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit begründet? Wenn nein: Warum nicht?
12. Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Kritik, es gehe der HLB nicht zuletzt darum, eine Gewerkschaft aus dem Betrieb zu drängen?
13. Wie bewertet die Landesregierung die weiterhin angespannte Situation bei der HLB, insbesondere vor dem Hintergrund der durch den unbefristeten Ausstand begründeten Auswirkungen auf die Passagiere im ÖPNV in Hessen?
14. Welche Auswirkungen hat der unbefristete Ausstand hinsichtlich der Summe an Verspätungen, Ausfälle sowie weiteren Einschränkungen auf den ÖPNV in Hessen?
15. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um die mit dem unbefristeten Ausstand verbundenen negativen Auswirkungen auf die Passagiere des ÖPNV in Hessen abzumildern?

Wiesbaden, 14. Februar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph